

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Gegehrloht

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechs mal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: „Musikblatt“, „Recht und Leben“, „Umschau“, „Technik und Wirtschaft“, „Für Reise und Wanderung“, „Literarische Umschau“.

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, num.—Zeile 80 Pfennig, Familien-Anzeigen num.—Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag/Druckerei: Georg Bornhard, Verantw. Red. (u. a. m. d. Handl.) v. L. Dr. Graf Montglat, Berlin. Unverl. Mannskr. werden nur zurückgegeben, wenn Porto beil.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Verantwortl. Redakteur: Ullstein, Am Dönhofs 3000—3008, für den Verleger: Am Dönhofs 3056—3068, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postbescheinigung Nr. 1666.

Bainlebes' Krise beigelegt

Das Kartell wieder geschlossen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

in Paris, 5. November

Die Kammer hat heute Abend nach fünfjährigem Verfall eine Sitzung der Regierungsentwurf auf Vertagung der Interpellationen über Syrien mit 400 gegen 30 Stimmen, bei annähernd 500 Stimmengleichheit, angenommen, ohne daß Painlevé es nötig gehalten hätte, die Vertrauensfrage zu stellen. Das Kartell hat geschlossen für die Regierung gestimmt.

Die Sozialisten haben eingestimmt. Heute nachmittag hielt die Sozialistische Kammerkammer eine Sitzung ab, auf der beschlossen wurde, für das Kartell Partei zu stimmen, falls Painlevé seine Entlassung der Vertrauensfrage die Vertagung der Interpellationen über Syrien bis zur Ankunft des Generals Geraud verlangen sollte.

Die Sozialistische Kammerkammer hat diesen wichtigen Beschluß nach kurzer Diskussion gefaßt. Eine längere Auseinandersetzung war überflüssig, weil die große Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten den regierungseigenen Beschluß des Gesamtvorstandes der Sozialistischen Partei für einen Fehler hielt und das Festhalten an der Kartellpolitik wünschig. Ein Teil der sozialistischen Abgeordneten vertritt die Auffassung, daß die Fortsetzung des Gesamtvorstandes durch die Stimmengleichheit der Fraktion bei der Abstimmung nach der Regierungsentwurf erfolgt ist, und daß die Fraktion jetzt ohne Rücksicht darauf, was Recht zu Fall steht entscheiden muß, ob sie für oder gegen das Kartell stimmen oder Stimmengleichheit über sich.

Die Bedeutung des Fraktionsentschlusses von heute mittag wird durch die Tatsache unterstrichen, daß die Führer des rechten Flügels der Partei, nämlich die Abgeordneten Paul-Boncour, Renaudel, Vincent-Auriol und Moutet, welche vorzugsweise zum Protest gegen die Stimmengleichheit ihren Austritt aus dem Fraktions-

vorstand angekündigt haben, während der heutigen Beratung ihre Demission zurückgaben.

Die Kammerdebatte hand von ersten Augenblick an unter dem Einbruch der Wiedererinnerung unter den Kartellfraktionen. Painlevé trat der Opposition gegenüber als Chef der Einkamerheit entgegen, nachdem der Abgeordnete Fabry unter dem Vorbehalt der Deposition förmliche Erklärungen der Regierung als notwendig bezeichnet hatte.

Die Opposition nahm die Worte Painlevés, welcher, dem Nationalismus in scharfen Worten die antiparitätliche Ausbeutung fremder Kolonialbesitzer aus Syrien vorhielt, mit fortgesetztem Eifer und wilden Zurufen: „Laissez Sie zur!“ auf, während die Kartellfraktionen jeden Ges des Ministerpräsidenten mit stürmischen Beifall unterstützten. Der nationalistiche Abgeordnete Fabry wurde von den Rinken durch Klappen mit den Füllbein an Sprechen verhindert, als er Painlevé unterbrechen wollte. Es kam zu neuen Einnahmen, als Fabry sich für die von der Tribüne aus gegen Painlevés Wortwahl, die französischen Verluste in der Presse übertrieben zu haben, verteidigen wollte.

Als der Sozialistenführer Blum dann auf der Tribüne erschienen, erklärte die Opposition darauf, daß Blum nicht zu Worte kommen konnte. Der Sozialistenführer verließ sogleich die Tribüne. Das Kartell bereitete ihm eine Ovation. Dieses Schauspiel wurde auf die Opposition offenbar gegen Einbruch; es trat Gille ein. Blum konnte endlich das Wort ergreifen. Er kündigte unter dem Beifall der Rinken an, daß die sozialistische Fraktion für die Vertagung der Interpellationen stimmen werde.

Die Opposition forderte im weiteren Verlauf der Sitzung noch mehrere Reden auf der Tribüne, um die Regierung zu förmlichen Erklärungen zu zwingen, oder mindestens auf ein bestimmtes Datum der nächsten Zeit festzusetzen. Aber Painlevé hielt allen Angriffen unter fortgesetztem Beifall des Kartells stand. Die Bewegung setzte sich heute gegen Uhr mit dem Sieg der Regierung.

Als weitere Maßnahme der Pöbel sind in Rom bereits fünfliche Freimaurerlogen militärisch besetzt worden. Die Oppositionsblätter sind heute Abend zum größten Teil nicht erschienen.

Die Nachricht von einem Attentatsplan auf Mussolini wird von der offiziellen italienischen Nachrichtenagentur ausgegeben, und man kann sie vorläufig nicht in Zweifel ziehen. Von Attentatsplänen auf Mussolini wurde gesprochen, seit dem die Diktatur des Faschismus in Italien befestigt, fast allerdings ausgerechnet der gemäßigten Sozialist Zaniboni, der erst vor vier Monaten vom König eingesperrt wurde, als Anführer der Opposition. Die antifaßchistische Opposition in Italien fürchtet bekanntlich nichts mehr, als ein Attentat über einen Gemattlat, der sie den gutbewaffneten faschistischen Verbänden ausliefern würde. Die Maßnahmen anlässlich des von der Regierung eingeleiteten Attentats in Frage kommen fast nur, muß Erwähnen erregen. Die antifaßchistische Opposition in Italien fürchtet bekanntlich nichts mehr, als ein Attentat über einen Gemattlat, der sie den gutbewaffneten faschistischen Verbänden ausliefern würde. Die Maßnahmen anlässlich des von der Regierung eingeleiteten Attentats in Frage kommen fast nur, muß Erwähnen erregen. Die antifaßchistische Opposition in Italien fürchtet bekanntlich nichts mehr, als ein Attentat über einen Gemattlat, der sie den gutbewaffneten faschistischen Verbänden ausliefern würde. Die Maßnahmen anlässlich des von der Regierung eingeleiteten Attentats in Frage kommen fast nur, muß Erwähnen erregen.

Breußen im Reichsrat

Dr. Walter Gellner, Professor an der Universität Kiel.

Die Reichsverfassung Art. 63 bestimmt, daß die Länder im Reichsrat durch Mitglieder ihrer Regierungen vertreten werden. Jedoch wird die Hälfte der preussischen Stimmen nach Maßgabe eines Bundesgesetzes von den preussischen Provinzialverwaltungen befristet. Nach dem hierzu ergangenen pr. Gef. vom 3. Juni 1921 muß jeder Provinzialauswahlschuß und der über ihn bestellte Provinzialrat aus 12 Mitgliedern, zummindest 13, denen das Gesetz freies Stimmrecht zugest. Da hiernach die dümmelbesten, meist agrarischen Provinzen das gleiche Stimmverhältnis besitzen wie die dichtbevölkerten Stadtkommunen, werden die Provinzialauswahlschüsse vermehrt gewählt noch recht gutartig sein als die obere Wahlkreisgeometrie gewählte preussische Landrat und das auf den Landtag folgende Staatsministerium. Vor allem fehlt aber für die Provinzialverwalter jede Rötigung zur Eingebung von Realitäten. So wird es nicht ausbleiben, daß einzelne Provinzialverwalter anders hinnen als die Regierungsbefehlsmächtigen und dadurch Preußens Einfluß im Reichsrat und weiterhin im Reich schwächen. Da Preußens Einfluß auf die Geschäfte des Reichs wird gleich Null, wenn die Provinzialverwalter gestiegen gegen die Regierung hinnen, und das führende Land im Reichsrat wird Bayern.

Diesen Inzuchtgefahren will der Verfassungsauswahlschuß der preussischen Landtage in der Weise begegnen, daß er nach Zeitungsmeldungen (die Druckfrage selbst liegt mir noch nicht vor) dem 8. bis 8 preussischen Bezuges folgenden Vorschlag geben will:

„Die Vorstöße über die Stimmanteile im Reichsrat werden zwischen den bestellten und den gewählten Reichsratsmitgliedern vorberaten. Kommt hierbei eine Einigung nicht zustande, so hat jeder der gewählten Mitglieder das Recht, einen oder mehrere Mitglieder des Bundesrats, deren die Stimmanteile zu verlangen. Die Einigung erfolgt durch Mehrheitbeschlusses.“

In den Auswahlschuß des Reichsrats führt ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied die Stimme Preußens. In den Auswahlschuß des Reichsrats führt ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied die Stimme Preußens. In den Auswahlschuß des Reichsrats führt ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied die Stimme Preußens. In den Auswahlschuß des Reichsrats führt ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied die Stimme Preußens.

Attentatsplan gegen Mussolini

Die Freimaurerlogen besetzt / Die Sozialisten aufgelöst

in Rom, 5. November

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Ein Kommuniqué der „Agenzia Stefani“ teilt mit, daß die Polizei heute bereits seit einiger Zeit Kenntnis von Attentatsplänen, die gestern, am Vorze des Tages, ausgeführt werden sollten. Um 1/2 Uhr abends erregte die Polizei in einem kleinen Hotel in Rom den ehemaligen sozialistischen Abgeordneten Gansoni in dem Augenblick, als er bereits alle Vorbereitungen zur Ausführung seines Planes getroffen hatte. An Lenin wurde der General Luigi Capello beschloß, der sich von dort ins Ausland begeben wollte, Capello gehörte fernerzeit zu den Organleitern der sozialistischen Regieren, in ihrer später vom Justizminister angeführt. Seine Verhaftung erfolgte bei der Verhaftung, mit dem Attentatsplan in enger Verbindung zu stehen.

Die Verhaftung des Marquis von zu einer Reihe von Maßnahmen geführt. Die Sozialisten wurden angewiesen, sämtliche Freimaurerlogen zu besetzen, da die Führer des Anführers in diese Logen führen. Mussolini telegraphierte an die Vorstände des Landes und verlangte, daß die Loge im Lande unbedingt aufzuschließen werde. Die sozialistische Parteifraktion hat die Parteimitglieder in der Provinz aufgefordert die Disziplin unter allen Umständen zu wahren. Die unitarische sozialistische Partei, der Gansoni angehört, hat auf gelöst werden. Ihre Organ, die „Giustizia“ ist verboten worden. Das Parteilokal wurde militärisch besetzt. Ferner wurde der Sekretär Zaniboni verhaftet und wie bisher steht im Gefängnis eingekerkert.

Die Sozialisten sind für heute zu einer Sympathieabgabe für Mussolini unter dem Namen des Palazzo Chigi zusammenberufen worden.

Die „Tribuna“ bringt die Ereignisse in Zusammenhang mit der antifaßchistischen Bewegung in Frankreich und freilich, von

„Regionen der Freiheit, die von General Garibaldi organisiert werden“. Die Erregung in Rom über dieses Ereignis ist sehr groß. An vielen Stellen der Stadt werden die Forderungen der Oppositionsparteien von herumtollenden faschistischen Gruppen verdrängt. Die Straßen Roms sind von einer großen Menschenmenge erfüllt. Die Menge sammelt sich unter den Fenstern des Palazzo Chigi, um Mussolini ihre Sympathien anzubieten. Mit Regenschirmen wurden Schüsse auf den Ministerpräsidenten abgegeben, die die Menge mit dem Faschismus erwiderte. Der Duce hielt von Balkon aus eine Rede, in der er den Faschisten für die Demonstration dankte und abermals unbefugte Disziplin verlangte.

Ueber die Vorbereitung des Attentats werden folgende Einzelheiten bekannt, die natürlich erst der Befähigung bedürfen: Gansoni soll ein Zimmer in einem Hotel gemietet haben, das dem Palazzo Chigi gegenüberliegt. Vom Fenster dieses Zimmers aus konnte man den Balkon, von dem aus Mussolini dem Volk zusprechen wollte, genau ins Auge fassen. Gansoni soll, als Offizier der Alpineren Division, im Hotel abgeblieben sein. Die Polizei hatte das Hotel völlig umstellt und drang in das Zimmer Gansonis ein und verhaftete ihn. Gansoni beteuerte bei seiner Verhaftung seine völlige Unschuld. In dem Zimmer hand mit den Fensterläden geschlossen. Hinter den Läden soll ein Gewehr neuerer Konstruktion, das mit einem Fernrohr versehen war, gelagert haben.

Es soll außerdem schreiige Munition vorgefunden worden sein. Vor dem Hotel wurde ein Auto angehalten, das Gansoni angeblich zur Flucht dienen sollte. Im Auto hand auch Schwenmittel, die für ein längeres Versteck ausgereicht hätten. „Spoco“ berichtet, daß der Zusammenstoß die große Aktion zur Aufhebung des Komplexes selbst gelöst habe. Er habe durch die Agenzia Stefani seine Verleumdung Norditalien mitteilen lassen, um die Verhaftungen in Ghibellia zu provozieren.